



Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Annette Karl, Doris Rauscher, Ruth Müller, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Margit Wild, Michael Busch, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Stefan Schuster, Arif Taşdelen SPD**

Entlastungen: Jetzt den Menschen auch mit bayerischen Mitteln helfen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, schnellstmöglich nachstehende eigene Entlastungsmaßnahmen für die Menschen in Bayern auf den Weg zu bringen:

- Einen Kinderzuschlag als Einmalzahlung in Höhe von 200 Euro pro Kind.
- Die Einführung eines bayernweiten 29-Euro-Monatstickets für den Öffentlichen Personennahverkehr.
- Einen Notfallfonds in Höhe von 200 Mio. Euro für Privathaushalte.
Zweck des „Winter-Wärme-Fonds“ ist die finanzielle, einmalige Unterstützung von privaten Energieverbrauchern zur Vermeidung sozialer Härten bei Gas- und Stromsperrungen. Er richtet sich dabei an Menschen mit geringem Einkommen, die ihre Energiekosten nicht mehr selbst zahlen können und bei denen soziale Sicherungssysteme nicht greifen.
- Einen Notfallfonds „Hilfe für Helfende“ in Höhe von 400 Mio. Euro für Krankenhäuser, Wohlfahrtsverbände und soziale Einrichtungen, die ihre gestiegenen Betriebskosten nicht weitergeben können bei gleichzeitig konstant bleibender Nachfrage.
- Einen Notfallfonds „Arbeitsplätze“ in Höhe von 200 Mio. Euro für kleine und mittlere Unternehmen und Handwerksbetriebe sowie Soloselbstständige, deren wirtschaftliche Existenz durch die gestiegenen Energiekosten unmittelbar bedroht ist.
- Eine landesweite Energieberatungskampagne mit mobilen und digitalen Energieberatung-Teams mit dem Ziel, eine flächendeckende Energieberatung sicherzustellen.
Dafür soll ein Budget von 20 Mio. Euro bereitgestellt werden.

Begründung:

Die Energiekrise und die damit steigenden Lebenshaltungskosten treffen viele hart arbeitende Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen und besonders auch sozial Benachteiligte.

Um diese Effekte abzufedern, sind kurzfristige Maßnahmen sowohl auf Bundes- als auch auf Ebene des Freistaates notwendig.

Nachdem die Bundesregierung innerhalb weniger Monate nun bereits das dritte Entlastungspaket beschlossen und insgesamt 95 Mrd. Euro in die direkte Unterstützung der Menschen investiert hat, müssen wir auch in Bayern die Initiative ergreifen. Deshalb

fordern wir als Ergänzung beziehungsweise Erweiterung unseres Bayerischen Entlastungspakets (Drs. 18/23241) die oben genannten Sofortmaßnahmen.

Die SPD-Fraktion ist der Überzeugung, dass die Menschen in Bayern davon profitieren, wenn der Bund und Bayern zusammenstehen – so wie im Fall einer Nachfolgelösung für das 9-Euro-Ticket, für die der Bund bereits eine Beteiligung von 1,5 Mrd. Euro in Aussicht gestellt hat. CSU und FREIE WÄHLER sind hier zu einer entsprechenden Beteiligung aufgefordert, um endlich das Versprechen eines kostengünstigen Nahverkehrs einzulösen.

Konstruktives Handeln – statt mit dem Finger auf den jeweils anderen zu zeigen – ist angesichts der dramatischen Situation das Gebot der Stunde. Zudem passt es auch nicht zum bayerischen Selbstbewusstsein, nur um Hilfe nach Berlin zu rufen. Bayern kann das: Die Steuerschätzung im Mai hat Mehreinnahmen von fast 2 Mrd. Euro ergeben. Außerdem erfordert die schwierige Lage, alle Register zu ziehen – nach dem Motto „Whatever it takes – Was immer notwendig ist!“